Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 7 (1939-1940)
Heft: 11

Artikel: England und der Machtaufstieg Deutschlands
Autor: Crowes, E.A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759139

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

England und der Machtaufstieg Deutschlands

Sir E. A. Crowes

Memorandum über die Grundlagen der britischen Aussenpolitik

Vorbemerkung des Uebersetzers:

Ueber Herrn von Holstein, Deutschlands „graue Eminenz", sind bereits Biographien und kritische Darstellungen veröffentlicht worden; wer sich über seinen englischen Gegenspieler, den um eine Generation jüngeren Eyre Alexander Barby Wichart Crowe, informieren will, hat es weniger leicht. Dem Historiker freilich, der sich um die Vorgeschichte des Weltkrieges gekümmert hat, ist weder sein Name noch — falls er englisch versteht — das Ende 1906 verfasste Memorandum unbekannt geblieben, aus welchem im folgenden die Hauptstücke mitgeteilt werden.

Doch die Aufmerksamkeit der Historiker sah in dieser Denkschrift nichts als ein historisches Dokument. Mit Recht; und es doch unterschätzend, weil man es als eins unter vielen nahm, wichtig für die Geschichte vor 1914, heute längst verstaubt.

Immer wird dessen genaue Kenntnis jedem angehenden englischen Diplomaten zur Pflicht gemacht, und noch 1938 konnte Harold Nicolson in seinem Buch DIPLOMACY (das selbst deutlich den Einfluss von Crowes Auffassung verrät) schreiben, dies Memorandum bilde nach wie vor die Grundlage jeder britischen Aussenpolitik und sei von allen Nachfolgern Greys zur Richtschnur genommen worden.

Aus diesen Gründen erscheint dieses Dokument gerade heutzutage von besonderer Bedeutung, ganz abgesehen von der Berechtigung oder Nichtberechtigung der darin vorgetragenen These.

Um das Verständnis zu erleichtern, sei noch ein Wort vorausgeschickt, über den Mann, der das Memorandum verfasst hat. Geboren in Leipzig am 30. Juli 1864 als dritter Sohn des englischen Malers und Kunsthistorikers Sir Joseph Archer Crowe und seiner deutschen Frau Asta von Barby, hat er bis zu seinem 18. Jahr nur deutsche Schulen besucht, und zwar in Düsseldorf und Berlin. Noch bis 1913 hat er seine Ferien meist in Deutschland verbracht, hauptsächlich bei seinem Onkel Professor Carl Gerhardt (in Gamburg, im Grossherzogtum Baden), dessen Tochter Clema er 1903 heiratete.

Seine hervorragenden deutschen und französischen Sprachkenntnisse haben ihm bei seiner Beamtenkarriere im Foreign Office, wo er 1886 als Junior Clerk, d. h. auf der untersten Stufe, eintrat, ebenso geholfen wie sein Fleiss, seine Gründlichkeit und sein klarer Kopf. 1906, bevor er — noch nicht geadelt — die hier behandelte Denkschrift verfasste, wurde er Senior Clerk, 1912 zweiter Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Von 1920 bis zu seinem Tode 1926 hatte er schliesslich den höchstmöglichen Posten inne, den des Ständigen Unterstaatssekretärs, welchen später Sir Robert Vansittart einnahm.

Eine gewisse Vorstellung von dem Beamten Crowe mit seiner erfolgreichen, von Zwischenfällen freien Laufbahn kann man sich nach den wenigen Angaben machen, die man in Memoiren- und Geschichtswerken findet, wo er als Nebenfigur auftritt. So schildert ihn Harold Nicolson in dem Buch, das er dem Leben seines Vaters Sir Arthur Nicolson gewidmet hat, als einen guten Reorganisator der Verwaltungsmaschine des Foreign Office, doch „behaftet mit der unglückseligen Gewohnheit, dem Minister des Aeusseren und seinen Kollegen anzudeuten, sie seien nicht nur schlecht informiert, sondern auch schwach und töricht", was sich vielleicht herleitete von „seiner wilden Abneigung gegen alle Amateurdiplomaten". Alles in allem: ein Mann mit „prächtigen geistigen Eigenschaften, bisweilen beeinträchtigt durch eine allzu grosse Starre". In dem Memorandum selbst ist er mit allen diesen Merkmalen zu erkennen — gänzlich und einseitig englisch, und doch von grosser Weite des Blickes. Vor einem muss vielleicht gewarnt werden: man könnte nach Crowes Ausführungen an-

nehmen, dass die einzige Quelle seiner historischen Kenntnisse die Akten im Londoner Aussenministerium waren. Doch obwohl es gewiss keinen aufmerksameren Leser dieser Akten gegeben hat, ist auch bekannt, dass er die historisch-wissenschaftliche Literatur seiner Zeit (und nicht nur in englischer Sprache) aufs eingehendste studiert hat.

Das Memorandum — datiert vom 1. Januar 1907 — war ursprünglich nur für Sir Edward Grey bestimmt, der im Dezember 1905 Aussenminister geworden war, wurde jedoch von ihm, da er seine grundsätzliche Bedeutung erkannte, dem Premierminister Campbell-Bannerman, Lord Ripon, Asquith, Morley, Haldane sowie einigen andern z. B. Lord Sanderson zugänglich gemacht und später, im September 1908, immer noch streng geheim, für den internen Gebrauch des Aussenministeriums gedruckt. Der Oeffentlichkeit ist es erst 1928 durch das englische Aktenwerk bekannt geworden (British Documents on the Origins of the War/1898—1914; ed. G. P. Gooch and H. Temperley, vol. III, p. 397 ff.)

Crowe beginnt mit einer Uebersicht über die politische Konstellation seit 1904, von der hier nur der Anfang wiedergegeben wird — wie auch im folgenden, um den Rahmen der NSR nicht zu sprengen, gekürzt werden musste, und zwar sind die Einzelheiten von vorwiegend historischem Interesse zugunsten des Grundsätzlichen fortgelassen. Der Inhalt weniger wichtiger Absätze wird kurz zusammengefasst. *Dr. H. B.*

Das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 war das Ergebnis des ehrlichen und dringenden Bedürfnisses, das sich in allen Klassen und Parteien der beiden Länder spontan ausdrückte, man solle ernsthaft versuchen, die mannigfachen Differenzen, die Anlass zu dauernder Reibung gegeben hatten, so weit wie möglich zu bereinigen. In England entsprach dieses Streben nach verbesserten Beziehungen zu Frankreich nur der allgemeinen Tendenz britischer Kabinette, jede Möglichkeit zu ergreifen, um dem Idealzustand näher zu kommen, wo alle Staaten in ehrenvollem Frieden miteinander leben.

Der Verwirklichung standen zwei Schwierigkeiten entgegen: die fran-

zösische Regierung musste Vertrauen gewinnen zu der englischen Methode des Gib — und — Nimm, und die öffentliche Meinung musste der Regierung folgen und ihr Misstrauen gegen England aufgeben: — ein an und für sich langwieriger Prozess, der nur dank der Popularität Eduard VII. in Frankreich sich überraschend schnell vollzog. Die Beseitigung der Streitpunkte war nicht nur an sich wertvoll, sondern gab auch den beiden Partnern grössere Handlungsfreiheit und Stärke in ihrer übrigen Politik.

Wenn man sich ein Land vorstellen könnte, dessen auswärtige Beziehungen so günstig liegen, dass es in der Verteidigung seiner berechtigten Lebensinteressen stets auf den Beistand seiner mächtigsten Nachbarn rechnen dürfte, so brauchte dieses Land nie — oder wenigstens nicht so lange seine Rüstungen die nötige Leistungskraft behielten — jene Aengste und Befürchtungen zu hegen, welche unter den jetzigen Bedingungen vorherrschender nationaler Eifersüchte und Missgunst nur zu oft das Aufgeben einer gerechten Sache erzwingen als einzige Alternative gegenüber dem grösseren Uebel und Risiko, dass argwöhnischen und unfreundlichen Nachbarn eine gewünschte Gelegenheit zu Angriff oder Feindseligkeiten und demütigender Einmischung geboten wird.

Die Entente war weder auf den Prestigeverlust Russlands durch den Krieg mit Japan zurückzuführen, noch war sie gegen Deutschland gerichtet, was übrigens auch vom Reichskanzler Bülow im Reichstag anerkannt wurde — unter Einbeziehung der marokkanischen Frage. Doch bald zeigte sich, dass dies nicht Bülows wahre Meinung war. Man entsann sich in Berlin der Bismarckschen Grundregel, dass man die andern Mächte untereinander in Widerspruch erhalten müsse, was vom deutschen Standpunkt „gewiss ganz verständlich ist". Aus einer wörtlich zitierten Aeusserung des deutschen Aussenministers Tschirschky gehe klar hervor, dass Deutschland versuchen werde, auch die Entente zu sprengen. Als Vorwand dazu wurde dann tatsächlich die Marokkofrage (und gar nicht ungeschickt) gewählt, obwohl der Reichskanzler kaum ein Jahr zuvor öffentlich erklärt hatte, dass keine deutschen Interessen dort irgendwie bedroht seien. Frankreich, das offenkundig nicht kriegsbereit war, sollte zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden — im Verlass darauf, dass England nie für Frankreich die Waffen ergreifen würde, hatte man doch Englands Abneigung gegen den Krieg „selbst unter der schlimmsten Provokation" anlässlich der Doggerbank-Affäre erst kürzlich erprobt. Holsteins und Bülows Politik versprach zunächst Erfolg. Dann aber erstaunte man um so mehr über die Festigkeit der englischen Regierung, obwohl diese noch immer nicht die Entente in ein Militärbündnis umwandelte. Hätte Holstein nicht halsstarrig auf der öffentlichen Demütigung Frankreichs anlässlich der Algeciraskonferenz

bestanden, sondern sich mit den materiellen Erfolgen begnügt, so wäre die Entente damals sicher zerbrochen. Statt dessen wurde sie stärker als zuvor und nahm unvermeidlich einen etwas antideutschen Charakter an. Die Frage für den gewissenhaften englischen Staatsmann ist nun, ob der deutsch-englische Gegensatz zufällig und vorübergehend ist oder nicht.

Die Grundlinien der britischen Aussenpolitik sind festgelegt durch die unveränderlichen Bedingungen der geographischen Lage an der Meerseite Europas als Inselreich mit riesigen überseeischen Kolonien und abhängigen Staaten, dessen Existenz und Dauer als selbständiges Gebilde unlösbar verbunden ist mit dem Besitz überlegener Seemacht. Den ungeheuren Einfluss einer derartigen Ueberlegenheit hat Captain Mahan in seinem klassischen Werk beschrieben. Seemacht ist wichtiger als Landmacht, weil sie so beweglich ist wie das Element, auf dem sie existiert. Ueberlegenheit zur See macht sich um so direkter fühlbar als eine Seemacht — in ganz wörtlichem Sinn — der Nachbar aller Staaten ist, die zu Meere erreichbar sind. Es wäre deswegen nur natürlich, wenn die Uebermacht eines maritimen Staates allgemeine Eifersucht und Furcht einflösste und immer in Gefahr schweben sollte, von einer Vereinigung der ganzen Welt niedergeworfen zu werden. Gegen eine solche Vereinigung könnte sich auf die Dauer keine einzige Nation behaupten, am wenigsten ein kleines Inselreich ohne die militärische Kraft eines waffengeübten Volkes, das obendrein mit seiner Nahrungszufuhr auf überseeischen Handel angewiesen ist. Die Gefahr kann tatsächlich nur abgewendet werden — und die Geschichte lehrt, dass das geschehen ist — wenn die nationale Politik des Insel- und Flottenstaats so ausgerichtet ist, dass sie harmoniert mit den der ganzen Menschheit gemeinsamen Wünschen und Idealen und dass sie sich insbesondere aufs engste identifiziert mit den primären Lebensinteressen einer Majorität der andern Nationen — oder so vieler wie möglich. Nun ist aber das oberste Lebensinteresse aller Länder die Erhaltung ihrer staatlichen Unabhängigkeit. Daraus folgt, dass England mehr als irgend eine andere, nicht insulare Macht ein direktes und positives Interesse hat an der Erhaltung der Unabhängigkeit von Nationen und dass es darum der natürliche Feind jedes Landes sein muss, das die Unabhängigkeit anderer bedroht, und der natürliche Beschützer der schwächeren Staatswesen.

Abgesehen von dem Ideal der Unabhängigkeit haben die Völker stets das Recht des freien Verkehrs und Handels auf den Weltmärkten zuhöchst geschätzt; und soweit England das Prinzip grösstmöglicher Handelsfreiheit vertritt, verstärkt es zweifellos seinen Einfluss auf die interessierte Freundschaft anderer Nationen, wenigstens in dem Masse als sie einem freihändlerischen England die Flottenvorherrschaft weniger verargen als einer vorwiegend protektionistischen Macht. Dies ist ein Gesichtspunkt der Freihandelsfrage, der nur zu leicht ausser Acht gelassen wird. Man hat hierfür die gute Formulierung gefunden, dass jedes Land — wenn es die Wahl hätte — natürlich selbst die Vormachtstellung zur See einnehmen möchte, dass es aber — da diese Möglichkeit ausgeschlossen ist — sie lieber bei England sieht als bei irgend einem andern Staat.

Die Geschichte zeigt, dass die Bedrohung der Unabhängigkeit dieser oder jener Nation im allgemeinen (zumindest teilweise) aus der zeitweiligen Ueberlegenheit eines Nachbarstaates entstanden ist, der zugleich militärisch mächtig, wirtschaftlich leistungsfähig und dazu bestrebt war, seine Grenzen oder seinen Einfluss zu erweitern, wobei die Gefahr direkt proportional ist zu seiner Macht und Leistungsfähigkeit und zu der Spontaneität oder „Unausweichlichkeit" seiner Ansprüche. Das einzige Gegengewicht gegen den Missbrauch politischer Ueberlegenheit auf Grund einer solchen Lage hat stets in dem Widerstand eines gleich beträchtlichen Gegners bestanden oder in einer Blockbildung mehrerer Länder, die sich zu Trutzbünden zusammenschlossen. Der durch eine derartige Gruppierung von Kräften geschaffene Zustand wird mit dem Fachausdruck „balance of power" [europäisches Gleichgewicht] bezeichnet; und es ist fast zu einer historischen Binsenwahrheit geworden, Englands Säkularpolitik mit der Erhaltung dieses Gleichgewichts zu identifizieren, wobei es sein Gewicht bald auf diese, bald auf jene Waagschale legt, aber jeweils und stets auf d i e Seite, welche der politischen Diktatur des stärksten Einzelstaates, bzw. der stärksten Gruppe, entgegen gerichtet ist.

Stimmt dies Bild von der britischen Politik, so kommt der Gegnerschaft, in die sich England unweigerlich gezwungen fühlen muss gegenüber jedem Land, das solche Diktatur anstrebt, fast die Gültigkeit eines Naturgesetzes zu.

Durch Anwendung dieses allgemeinen Gesetzes auf einen besonderen Fall kann der Versuch unternommen werden zu bestimmen, ob gegebenenfalls ein mächtiger aufstrebender Staat sich in einer Stellung natürlicher und notwendiger Feindschaft zu England befindet oder nicht; und man darf wohl die gegenwärtige Situation Deutschlands auf diese Weise prüfen. Jede derartige Untersuchung muss darauf hinauslaufen festzustellen, ob Deutschland tatsächlich eine politische Hegemonie anstrebt mit dem Ziel, rein deutsche Expansionspläne zu fördern und eine deutsche Vorherrschaft in der internationalen Politik aufzurichten auf Kosten und zum Schaden anderer Nationen.

Was die auswärtige Politik anlangt, kann das neue Deutsche Reich als Erbe und Nachfolger Preussens betrachtet werden. In der Geschichte Preussens ist, nächst der Aufeinanderfolge begabter Monarchen sowie der Energie und ehrlichen Arbeitsliebe ihrer Untertanen, der bemerkenswerteste Zug die Entwicklung, durch welche im Laufe einer verhältnismässig kurzen Zeit und auf der winzigen Basis der bescheidenen Markgrafschaft Brandenburg das feste Gefüge einer europäischen Grossmacht errichtet wurde. Diese Entwicklung bestand in systematischer Gebietserweiterung (hauptsächlich mit dem Schwert erkämpft); und zwar wurden die wichtigsten und entscheidendsten Eroberungen in voller Absichtlichkeit von ehrgeizigen Herrschern oder Staatsmännern unternommen mit dem eingestandenen Ziel, für Preussen die Grösse, den Zusammenhalt, die Quadratkilometer und die Bevölkerungsmenge zu erwerben, die für seinen Aufstieg zur Würde und zum Range einer erstrangigen Grossmacht nötig waren. Alle übrigen Länder haben auch Eroberungen gemacht, manche weit grössere und blutigere. Unser augenblickliches Interesse konzentriert sich jedoch auf die spezifischen Umstände, die dem Wachstum Preussens einen besonderen Stempel aufgedrückt haben. Es handelt sich hierbei nicht so sehr um die Erwerbungssucht eines Königs, auch nicht um die Einverleibung von Gebieten, die geographisch und völkisch einen integralen Bestandteil des eigentlichen Volksboden ausmachen, auch nicht um die mehr oder weniger unbewusste Tendenz eines Volkes, sich unter dem Einfluss überströmender Lebenskraft auszudehnen — zur volleren Entwicklung seiner Existenzform. Hier handelt es sich vielmehr um den Monarchen eines kleinen und

schwachen Vasallenstaates, der sich sagte: „Ich will, dass mein Land unabhängig und mächtig sei. Das ist unmöglich innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen und mit der jetzigen Bevölkerungszahl. Ich muss grösseres Gebiet und mehr Einwohner haben, und zu diesem Zwecke muss ich starke militärische Kräfte organisieren".

Der grösste und klassische Vertreter dieser Politik, die es sich zum eigentlichen Zweck gemacht hat, einen kleinen Staat in einen grossen zu verwandeln, ist in der modernen Geschichte Friedrich der Grosse. Indem er plötzlich und mitten im tiefsten Frieden Schlesien annektierte, indem er die erste Teilung Polens vornahm, verdoppelte er praktisch genommen sein ererbtes Besitztum. Indem er die schlagkräftigste und mächtigste Armee seiner Zeit unterhielt und indem er Englands grossen Versuch unterstützte, das europäische Gleichgewicht gegenüber Frankreichs Machtzuwachs zu bewahren, gelang es ihm, die Stellung seines Landes als eine der europäischen Grossmächte zu fundieren.

Diese Politik wurde unter Friedrichs Nachfolgern bis in die Gegenwart fortgesetzt.

Später geschah es dann, dank dem durch die (1871) erworbene Einheit einsetzenden Auftrieb in allen Lebensgebieten und insbesondere dank der dauernden Zunahme des Ueberseehandels, welcher in stets steigendem Masse durch die nunmehr kaiserlichen Häfen der ehemals „freien" aber politisch unbedeutenden Hansestädte strömte, dass das junge Reich eine ganze Welt ausserhalb Europas seiner Energie geöffnet fand, eine Welt, von der man sich vorher kaum mehr als verschwommene Vorstellungen hatte machen können. Die deutschen Kaufleute, die auf deutschen Schiffen den Ozean befuhren, begannen zum erstenmal die wahre Beschaffenheit von Ländern wie England, U S A, Frankreich und selbst Holland zu ahnen, deren politischer Einfluss sich auf ferne Meere und Kontinente erstreckt. Insbesondere sah man, dass die Kolonien und auswärtigen Besitzungen England eine anerkannte und beneidenswerte Stellung in einer Welt verschafften, wo der Name Deutschlands — wenn er überhaupt genannt wurde — kein besonderes Interesse erregte. Die Wirkung dieser Entdeckung auf die deutsche Geisteshaltung ist merkwürdig und lehrreich. Hier war ein grosses

Gebiet menschlicher Tätigkeit, zu dem der blosse Titel und Rang einer europäischen Grossmacht allein keinen Zulass verschafften. Hier auf einem Gebiet von gewaltiger Grösse, wo die europäischen Verhältnisse zu Zwergenmass zusammenschrumpften, waren andere, auf die man bisher vielleicht etwas als verhältnismässig kleine Leute herabgeschaut hatte, zu Hause und am Befehlen, während Deutschland bestenfalls als geehrter Gast empfangen wurde. Hier bestand ausgesprochene Ungleichheit — sehr zugunsten der See- und Kolonialmächte.

Diese Lage der Dinge war dem deutschen Nationalstolz nicht willkommen. Deutschland hatte seinen Platz als eine der führenden Mächte des Erdteils Europa, wenn nicht sogar den ersten, erworben. Doch oberhalb und jenseits der europäischen Grossmächte schienen die „Weltmächte" zu stehen. Es war sofort selbstverständlich, dass Deutschland eine Weltmacht werden müsse. Die Entwicklung dieser Idee und ihre Uebersetzung in praktische Politik folgte mit einzigartiger Einheitlichkeit den Gedanken, die die preussischen Könige angestachelt hatten, Preussen gross zu machen. „Wenn Preussen, meinte Friedrich der Grosse, in den Kabinetten Europas etwas gelten soll, so muss es zu einer Grossmacht erhoben werden." Und das Echo: „Wenn Deutschland Stimmrecht in den Angelegenheiten der grössern ozeanischen Welt haben will, so muss es zur ‚Weltmacht' erhoben werden." — „Ich brauche mehr Boden", sagte Preussen. „Deutschland muss Kolonien haben", sagt die neue Weltpolitik. Und Kolonien wurden also gegründet — an solchen Stellen, die sich noch niemand angeeignet hatte oder aus denen andere hinausgedrängt werden konnten durch kraftvolle Behauptung der deutschen Forderung „eines Platzes in der Sonne": Damaraland, Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika, Neuguinea und andere Inselgruppen im Pazifik. Das deutsche Beispiel fand, wie es nur natürlich war, eifrige Nachahmer, und auf der Erdkarte verschwanden die nicht beanspruchten Territorien mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Als die Schlussbilanz gezogen wurde, schien der deutsche Gewinn — nach deutscher Ansicht — einigermassen dürftig. Ein paar weitere Besitzungen wurden durch Kauf oder internationale Uebereinkommen dazu erworben — die Karolinen, Samoa, Helgoland. Eine Transaktion im alten preussischen Stil brachte Kiautschau. Im grossen Ganzen haben

die „Kolonien" bisher jedoch sich als Aktiva von fragwürdigem Wert erwiesen.

Inzwischen hatte der Traum vom deutschen Kolonialreich in der Vorstellung der Deutschen tiefe Wurzeln geschlagen. Der Kaiser, Staatsmänner, Journalisten, Wissenschaftler, Geographen, Handels- und Schiffahrtshäuser, sowie die gesamte Menge der gebildeten und ungebildeten öffentlichen Meinung erklären immer weiter wie mit einer Stimme: wir müssen wirkliche Kolonien haben, wo deutsche Auswanderer sich niederlassen und die Ideale des Vaterlandes verbreiten können; und wir müssen eine Flotte und Bunkerplätze haben, um die Kolonien zu behalten, die wir notwendigerweise erwerben müssen. Auf die Frage „Wieso müssen?" heisst die rasche Antwort: ein gesundes und mächtiges Volk wie Deutschland mit seinen 60 Millionen Einwohnern muss sich ausdehnen. Es kann nicht stillstehen, es muss Besitzungen haben, wohin seine überströmende Bevölkerung auswandern kann, ohne das Volkstum aufzugeben. — Wenn eingewendet wird, dass die gegenwärtige Welt unter unabhängigen Staaten aufgeteilt ist, so dass Kolonisationsgebiete nicht zu haben sind, ausser falls man sie dem rechtmässigen Eigentümer wegnimmt, so lautet die Antwort hierauf: auf solche Ueberlegungen können wir uns nicht einlassen. Not kennt kein Gebot. Die Welt gehört dem Starken. Eine kraftvolle Nation kann sich in ihrem Wachstum nicht behindern lassen durch blinde Ehrfurcht vor dem status quo. Wir begehren niemandes Eigentum, aber wenn Staaten zu schwach sind, um ihr Gebiet bestmöglich zu verwalten, ist es die offenbare Bestimmung derjenigen, die das tun können und wollen, ihre Plätze einzunehmen."

Keiner, der einen Begriff von politischen Gedankengängen der Deutschen hat und das Vertrauen deutscher Freunde besitzt, die frei und offen vor ihm reden, kann leugnen, dass dies die Ideen sind, die von allen Dächern verkündet werden, und dass die Unfähigkeit, sie sich zu eigen zu machen, als Vorurteil des Ausländers angesehen wird, der nicht die wahren Gefühle der Deutschen teilen kann.

Charakteristische Aeusserungen Wilhelms II. werden zitiert.

Die Bedeutung dieser einzelnen Aeusserungen kann leicht überschätzt werden. Zusammen genommen bestärken sie jedoch

den Eindruck, dass Deutschland bewusst darauf abzielt, auf der politischen Bühne der Welt eine weit grössere und bedeutendere Rolle zu spielen als zu der es sich bei der jetzigen Verteilung der Kräfte bestimmt fühlt. Es hiesse die Funktion der politischen Kritik engstirnig auffassen, wollte man diese Theorie nationalen Selbstbewusstseins sozusagen als Moralproblem behandeln, das durch kasuistische Anwendung der Prinzipien gelöst werden sollte, welche das private Benehmen in modernen Gesellschaften bestimmen. Die Geschichte kann gelegentlich die Handlungen von Staaten auf Grund ihrer allgemeinen Erfolge rechtfertigen — mit einer oft nur geringen Rücksicht auf den sittlichen Charakter der angewandten Mittel. Die rücksichtslosen Eroberungen Roms als Republik und Imperium haben anerkanntermassen die Entfaltung der besten Kräfte der antiken Welt im Gefolge gehabt, die die krumme Eroberermoral durch den Anstoss wettmachten, welchen sie der Kultur der Alten gab. Peter der Grosse und Katharina II. sind mit Recht Heroen in den Augen Russlands, das seine Existenz als mächtige und geeinte Nation ihren skrupellosen und hinterlistigen Methoden in weitgehendem Masse schuldet. Die arrogante Annektierung Schlesiens durch Friedrich den Grossen, die schmierigen Methoden, mit denen die erste Teilung Polens inszeniert wurde, die Schliche mittels deren Bismarck Schleswig-Holstein für Preussen erwarb, sind vergessen oder werden mit Stillschweigen übergangen in der Erwägung, dass ein mächtiges Deutschland diesen und allen seinen andern Besitzungen eine aufgeklärte Verwaltung gebracht hat, eine grosszügigere Auffassung vom völkischen Leben und einen grösseren Anteil an einer ruhmreichen nationalen Tradition als ihnen unter andern Bedingungen zugefallen wäre. Die Deutschen wären also nur logisch, wenn sie ohne Zögern auf ihre jetzige Politik die Lehre anwendeten, die diese historischen Urteile erteilen, und der Nachwelt die Sorge überliessen, die Anwendung von Gewalt zum Zwecke der Ausbreitung von Segnungen deutscher Herrschaft über derzeit widerstrebende Völker zu rechtfertigen. Kein moderner Deutscher würde sich schuldig bekennen der Eroberungslust um des Eroberns willen. Aber die vagen und ungenauen Pläne betreffend „die Ausbreitung des deutschen Volkstums" sind nur der Ausdruck des tiefverwurzelten Gefühls, dass Deutschland durch die Kraft und Rein-

heit seines völkischen Ziels, die Glut der Vaterlandsliebe, die Tiefe des religiösen Gefühls, das hohe Mass von Leistungsfähigkeit, die ausserordentliche Ehrlichkeit der Verwaltung, den erfolgreichen Eifer auf allen Gebieten öffentlicher und wissenschaftlicher Tätigkeit und durch den hohen Rang seiner Philosophie, Kunst und Ethik, das Anrecht erworben hat, den Vorrang deutsch-völkischer Ideale über andere zu betätigen. Und da es in Deutschland ein politischer Glaubensgrundsatz ist, dass das Recht, wenn es sich durchsetzen wolle, von der Macht unterstützt sein müsse, kommt man leicht auch zu der Auffassung, dass das „gute deutsche Schwert", das eine so grosse Rolle in politischen Reden spielt, zur Lösung aller Schwierigkeiten dienen müsse, die möglicherweise der Aufrichtung dieser Idealherrschaft einer germanisierten Welt im Wege stehen könnten.

Die vorangehende sehr fragmentarische Skizze hat gewisse allgemeine Züge der deutschen Aussenpolitik herausgestellt, die mit dem Anrecht auf Objektivität, Genauigkeit und Klarheit aus den Aeusserungen und bekannten Plänen der deutschen Herrscher und Staatsleute abgeleitet werden können und aus den unverkennbaren Kundgebungen der öffentlichen Meinung. Es bleibt zu erwägen, ob und in welchem Masse von den so herausgearbeiteten Prinzipien einerseits behauptet werden kann, dass sie tatsächlich die jetzige Politik bestimmen, anderseits wie sie den Lebensinteressen Englands und anderer unabhängiger machtvoller Staaten, der freien Ausübung ihrer nationalen Rechte und der Erfüllung dessen widersprechen, was sie ihrerseits als ihre eigene Mission in der Welt ansehen dürfen.

Es kann auch nicht einen Augenblick bezweifelt werden, dass die blosse Existenz und das gesunde Wirken eines starken Deutschlands fraglos einen Segen für die Welt bedeuten. Deutschland repräsentiert in hervorragendem Masse die höchsten Qualitäten und Tugenden guter Bürgerlichkeit, im weitesten Sinn des Wortes, welche den Ruhm und Triumph der modernen Kultur ausmachen. Die Welt wäre unermesslich ärmer, wenn alles was wesentlich mit dem deutschen Charakter, deutschem Denken und deutschen Methoden assoziiert wird, nicht länger Macht und Einfluss haben sollte. Für England vor allem schaffen geistige und sittliche Verwandtschaft eine Sympathie und ein

Verständnis für das Beste im deutschen Wesen, die uns im Interesse des allgemeinen Menschheitsfortschrittes alles wie selbstverständlich willkommen heissen lässt, was diese Macht und diesen Einfluss verstärken kann ... unter einer Bedingung: es muss Achtung herrschen vor den Eigenheiten anderer Nationen, gleich wertvolle Helfer am Werk des menschlichen Fortschritts in ihrer Art, mit dem gleichen Recht auf volle Bewegungsfreiheit, um ungehindert ihr Teil beitragen zu können zu der Entwicklung auf eine höhere Kulturstufe hin. England hat sich mit gesundem Instinkt stets für das unbehinderte Wechselspiel der nationalen Kräfte eingesetzt, das sich am besten verträgt mit dem Vorgehen der Natur selbst. Kein anderer Staat ausser dem britischen Reich hat es je gewagt, mit solcher Ausdauer den verschiedenen, unter dem Szepter des Königs versammelten Völkerschaften in der inneren Organisation freien Spielraum zur Entfaltung ihrer nationalen Kräfte zu gewähren. Vielleicht ist es ebenso Englands Glück wie Verdienst, dass es bei dieser Auffassung über die Art, wie die höheren Probleme des völkischen Daseins zu lösen sind, nur dasselbe Prinzip auf die Aussenpolitik anzuwenden braucht, um zu der Theorie und Praxis zu gelangen, die seine Handlungsweise im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft bestimmen.

So lange also Deutschland eine geistige und sittliche Führung der Welt anstrebt, aufbauend auf seine eigenen nationalen Vorteile und Kräfte, kann England nur bewundernd beipflichten und das Rennen mitmachen. Wenn aber Deutschland glaubt, dass relativ grössere materielle Vormacht, Gebietszuwachs, unverletzliche Grenzen und Ueberlegenheit zur See die notwendigen Vorbedingungen sind, ohne die alle derartigen Bestrebungen hinsichtlich der geistigen Führerstellung zu bösem Ende verdammt sind, dann muss England erwarten, dass Deutschland gewiss trachten wird, die Macht von Wettbewerbern zu vernichten, seine eigene zu vergrössern durch Ausdehnung seiner Herrschaft, die Zusammenarbeit anderer Staaten zu unterbinden und schliesslich auch das britische Weltreich zu zerbrechen und neu zu verteilen.

Nun ist es durchaus möglich, dass Deutschland bewusst keine Pläne so umstürzlerischer Art hegt, ja nie hegen wird. Seine Staatsmänner haben sie öffentlich und mit Entrüstung von sich

gewiesen. Ihr Protest ist möglicherweise durchaus ehrlich und ihre Entrüstung berechtigt. In diesem Fall ist es höchst unwahrscheinlich, dass es zu irgend einem Waffenkonflikt zwischen Deutschland und England kommt, denn man kennt bei uns keinerlei Grund für den augenblicklichen Streit zwischen den beiden Ländern und würde sich deshalb auf Grund der vorgetragenen Hypothese schwerlich vorstellen können, wo in Zukunft solche Gründe entstehen könnten. England sucht keinen Streit und wird Deutschland nie Grund zu berechtigter Beschwerde geben.

Doch ist dies keine Angelegenheit, in welcher England leichtfertig ein Risiko eingehen könnte. Die Versicherungen der deutschen Staatsleute sind möglicherweise ebenso wenig zuverlässig wie die, welche beim Abschluss der Entente abgegeben wurden, oder die über die deutschen Interessen in Marokko. Oder sie sind vielleicht ehrlich gemeint, können aber nicht gehalten werden. Es wäre nicht ungerecht darauf hinzuweisen, dass begehrliche Absichten gegen den Nachbarn für gewöhnlich nicht offen ausposaunt werden, und dass daher das Fehlen derartiger Eingeständnisse und anderseits sogar das Bekenntnis grenzenloser und allgemeiner politischer Gutartigkeit an sich noch nicht den schlüssigen Beweis für oder gegen das Bestehen verborgener Absichten darstellen. Der Eindruck, den die deutsche Politik in der Vergangenheit hinterlassen hat, liesse die Meinung zu, dass eine weitere Entwicklung in derselben Richtung keinen Bruch mit der bisherigen Politik bedeuten müsse, und muss wenigstens als möglich in Rechnung gestellt werden. Angesichts dieser Möglichkeit kann man sich wohl fragen, ob es recht oder weise wäre, wenn England Opfer auf sich nähme oder zusähe, wie andere befreundete Nationen geopfert werden — nur damit Deutschland Schritt für Schritt das System seiner universellen Ueberlegenheit aufzurichten im Stande ist, — in blindem Verlass darauf, dass Deutschland in der Ausübung dieser Ueberlegenheit ungetrübte Segnungen über die ganze Welt ausgiessen und das Wohlergehen und Glück aller Völker fördern würde, ohne irgend einem Unrecht zu tun. Es bestehen tatsächlich gewichtige Gründe, die es England besonders schwer machen, dies Vertrauen aufzubringen. Davon später.

Zunächst ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, dass die Gefahr erkennen nicht heisst und nicht heissen muss: Feind-

schaft gegen Deutschland. England erwartet selbst am allerwenigsten, dass irgend ein anderes Volk sich mit ihm verbündet zur tätigen Förderung rein britischer Interessen, ausser wenn es als gutes Geschäft angesehen und Dienst für Gegendienst geleistet wird. Kein Engländer wird so dumm sein, dies Abhandensein fremder Mitarbeit an der Verwirklichung britischer Ziele als ein Zeichen antibritischer Gesinnung anzusehen. Alles was England seinerseits will — und das ist mehr als es für gewöhnlich bekommt — ist, dass es bei der Ausführung politischer Pläne, die in keiner Weise irgend welchen Dritten abträglich sind, z. B. die Reformen in Aegypten, welche allein der eingeborenen Bevölkerung zugute kommen, nicht böswillig durch Quertreibereien gestört werde. Das gleiche Mass, ja noch grosszügiger, wird England stets anderen Ländern — einschliesslich Deutschland — zumessen. Beispiele für unsere Bereitwilligkeit in der Vergangenheit sind ebenso zahlreich wie instruktiv. Und hier ist vielleicht der Ort, um ein paar Worte über die besondere Gestaltung der Folge von Transaktionen zu sagen, die in den letzten Jahren charakteristisch für die deutsch-englischen Beziehungen gewesen sind.

Es ist so oft erklärt worden, dass es schon beinahe zu einer diplomatischen Allerweltswahrheit geworden ist, es gäbe zwischen England und Deutschland, da es nie zu einem Zusammenstoss materieller Interessen gekommen ist, keine unerledigten Kontroversen über wichtige Fragen. Doch hat während der letzten zwanzig Jahre, wie die Archive des Foreign Office zeigen, die deutsche Regierung nie aufgehört, den britischen Kabinetten Mangel an Freundschaft und dauernde Opposition gegen politische Pläne Deutschlands vorzuwerfen. Sieht man sich während der gleichen Periode die britischen Beziehungen zu Frankreich, Russland und den Vereinigten Staaten an, so entdeckt man alte und wirkliche Konfliktsquellen, die sich herleiten von schlecht überklebten Differenzen aus vergangenen Jahrhunderten, den unelastischen Bestimmungen veralteter Verträge und Schwierigkeiten wegen nicht bereinigter Kolonialgrenzen. Obgleich England es glücklicherweise fertig gebracht hat, mit diesen Ländern weiter in Frieden zu leben, so blieben doch genügend Gründe zu Meinungsverschiedenheiten, um die Erzielung guter, geschweige denn herzlicher Beziehungen zu einem ernsten Pro-

blem zu machen, das ständige Wachsamkeit, Sorge, Mässigung, Gutmütigkeit und versöhnliche Gesinnung erfordert. Wenn besondere Konflikte zu sehr aufloderten, gelang es in der Regel, durch besondere Vereinbarungen einen offenen Bruch zu vermeiden, ohne jedoch die Schwierigkeiten zu lösen; im Gegenteil blieb häufig der Same zu weiterer Reibung zurück. Dies war in hervorragendem Masse der Fall mit Frankreich bis zu dem Augenblick des Abschlusses unseres Abkommens vom 8. April 1904.

Ein sehr verschiedenes Bild bietet die Folge der Zwischenfälle, die die Geschichte der zeitgenössischen deutsch-englischen Beziehungen ausmachen. Seit Bismarck 1884 zuerst sein Land auf die Bahn kolonialer und ozeanischer Unternehmungen lanzierte, entwickelten sich zahlreiche Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern. Sie tragen alle einen gemeinsamen Zug — dass sie nämlich durch Akte direkter und unmissverständlicher Feindseligkeiten gegen England von Seiten der deutschen Regierung eröffnet wurden und dass diese Feindseligkeiten mit einer Geringschätzung der elementarsten Regeln geraden und ehrlichen Handelns zur Schau gestellt wurden, die von einem nach dem andern der englischen Aussenminister höchst unangenehm empfunden wurde. Doch vielleicht noch bemerkenswerter ist dieser andere Zug, der gleichfalls alle diese Streitfragen kennzeichnet: dass die britischen Minister trotz der ehrlichen Entrüstung über die ihnen gewordene Behandlung in allen Fällen bereitwilligst Konzessionen machten oder Kompromisse schlossen, die die deutschen Ansprüche nicht nur zu befriedigen schienen, sondern auch nach dem Eingeständnis der beiden Parteien dazu bestimmt waren, das System der deutsch-englischen Freundschaft auf eine wenn möglich festere Basis zu stellen. Nach allem äusseren Anschein war die völlige Harmonie in jedem Fall nach diesen verschiedenen Regelungen wieder aufgerichtet, und in den Zeitabschnitten zwischen zwei Ausbrüchen schien das auch zuzutreffen; es wurde jedenfalls ständig wiederholt, nämlich dass es nunmehr keinen weiteren Grund zu Unstimmigkeit gäbe.

Die folgenden Beispiele nennt Crowe „die erste Bekanntschaft, welche die britische Regierung mit deutschen Feindseligkeiten machte, die als beleidigte Unschuld und verletzte Freundschaft verkleidet waren": die Annektierung Südwestafrikas; die von Kamerun; die Erfindung angebli-

cher Mitteilungen Lord Granvilles, um die deutsche öffentliche Meinung irrezuführen; die Aufhetzung gegen England durch Bismarcks kriegerische und drohende Reichstagsreden; der Ueberfall auf die St. Luzia-Bucht; die Sansibarangelegenheit; Neuguinea; die Vertreibung britischer Siedler aus den Fidschi-Inseln und Samoa; usw. England lenkte stets verbindlich ein, bis zur Frage der Tschusaninseln, Venezuela, Kiautschau, der westafrikanischen Grenzziehung 1903/4.

Es ist heute so wahr wie je nach 1884 in den Pausen zwischen den aufeinanderfolgenden Zwischenfällen und ihrer jedesmaligen Erledigung, dass tatsächlich jede deutsche Forderung erfüllt worden ist und daher im Augenblick keinerlei Anlass besteht, der die deutsch-englischen Beziehungen trüben könnte. So sehr ist dies der Fall, dass der deutsche Botschafter in London in Beantwortung wiederholter Anfragen, was seine Regierung denn im Sinn habe, wenn sie ernstlich eine Verbesserung der Beziehungen wünsche, unweigerlich seine Zuflucht zu verschwommenen Redensarten nimmt, z. B. den brennenden Wunsch des deutschen Kanzlers, mit Frankreich die innigste Freundschaft zu pflegen und die Erfüllung durch die Vermittlung der britischen Regierung zu erreichen.

Die Pressefehden bleiben unberücksichtigt. Sie sind nebensächlich und gewiss ohne Einfluss auf die Regierungen. Nur dem offiziellen deutschen Pressebüro muss man Aufmerksamkeit schenken, dessen geheimer Einfluss weit über Deutschland hinausgeht, weil man Verleger und Redakteure besticht — in Neuyork, Petersburg, Amsterdam, Wien, Madrid, Lissabon, Rom, Kairo und selbst London, wo sich die deutsche Botschaft mit diesen Geschäften abgibt.

Dieser Ueberblick über die deutsch-englischen Beziehungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; er beschränkt sich vielmehr auf kurze Hinweise auf gewisse hervorstechende und charakteristische Zwischenfälle, die diese Beziehungen in den letzten zwanzig Jahren gekennzeichnet haben. Es bleibt die schwierige Aufgabe, die logischen Schlüsse zu ziehen. Der unmittelbare Zweck der vorliegenden Untersuchung war, festzustellen, ob es einen realen und natürlichen Grund für die Gegnerschaft Englands und Deutschlands gibt. Es ist gezeigt worden, dass eine solche Gegnerschaft tatsächlich lange Zeit hindurch bestanden hat, dass sie jedoch durch eine gänzlich einseitige Agressivität verursacht wurde und dass von England die verträglichste Gemütsart entwickelt wurde, zusammen mit der nie endenden Bereitwilligkeit, die Wiederaufnahme freundschaftli-

cher Beziehungen durch Konzession über Konzession zu erkaufen.

Es könnte gefolgert werden, dass der Gegensatz zwischen den beiden Ländern zu tief begründet ist, in den beiderseitigen Einstellungen, als dass er durch die Art von momentanen Hilfsmitteln überbrückt werden könnte, auf die sich England so lange und so geduldig verlassen hat. Dann müsste man annehmen, dass Deutschland absichtlich eine Politik verfolgt, die grundsätzlich den britischen Lebensinteressen zuwider läuft und dass ein bewaffneter Konflikt auf die Dauer nicht vermieden werden kann, ausser dass England diese Interessen opfert mit dem Erfolg, dass es seine Stellung als unabhängige Grossmacht verliert, oder dass es sich zu stark macht, als dass Deutschland einen Krieg gegen uns gewinnen könnte. Das ist die Meinung derjenigen, die in der Gesamtlinie der deutschen Politik den schlüssigen Beweis finden, dass Deutschland bewusst die Aufrichtung einer Hegemonie anstrebt — zunächst in Europa, später in der Welt.

Nach allem, was in den bisherigen Abschnitten gesagt worden ist, wäre es müssig, zu leugnen, dass dies nicht die zutreffende Erklärung der Tatsachen darstellen könne. Diese Auffassung wird anscheinend dadurch unterstützt, dass sie vielleicht die einzige ganz schlüssige Erklärung gibt für die Zähigkeit, mit der Deutschland den Bau einer grossen Flotte betreibt — mit der offenen Absicht, langsam aber sicher eine Waffe zu schmieden, die jeden eventuellen Feind abschrecken kann, und sei er noch so mächtig zur See.

Doch das ganze Argument hat einen offenbaren Fehler. Wäre der deutsche Plan so weitsichtig und tiefgründig ausgedacht, wie diese Auffassung es voraussetzt, dann müsste es auch dem bescheidensten deutschen Verstand klar sein, dass der Erfolg sehr wesentlich von Englands Blindheit abhängen muss und dass man es bei guter Laune erhalten müsse bis zu dem Augenblick, da man den tötlichen Streich führen will. Es wäre nicht allein zu Deutschlands Nutzen, nein, es wäre seine unabweisliche Pflicht, während des Aufbaus seiner Kräfte Englands Freundschaft mit allen Mitteln zu gewinnen und zu erhalten. Kein objektiver Beobachter könnte behaupten, dass diese strategische Grundregel bisher auch nur entfernt von der deutschen Regierung befolgt worden wäre...

Man kann also das Problem vielleicht auch anders ansehen: man könnte denken, dass der grosse deutsche Plan in Wirklichkeit nichts ist als der Ausdruck vager, verwirrter und weltunkundiger Staatslenkung ohne volle Erkenntnis des eigenen Kurses. Ein milder Kritiker könnte zur Erklärung hinzufügen, dass die guten und bösen, sattsam bekannten Geistes- und Charaktereigenschaften des jetzigen deutschen Monarchen wahrscheinlich weitgehend verantwortlich sind für den ungezügelten, überheblichen und oft direkt agressiven Geist, der sich derzeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erkennen lässt — nicht allein auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, und dass dieser Geist jene Kundgebungen der Unzufriedenheit und Besorgnis sowohl im Innern wie im Ausland hervorgerufen hat, mit denen die Welt bekannt geworden ist; dass Deutschland in Wirklichkeit nicht weiss, wohin es zielt und dass aller Lärm und alle Aufregung, alle seine übeln Intrigen nicht der Ausführung eines wohldurchdachten und zäh befolgten politischen Vorsatzes entsprechen, weil sie nicht tatsächlich Teile eines solchen Systems sind. Diese Hypothese ist für die deutsche Regierung nicht schmeichelhaft, und es muss zugegeben werden, dass gegen ihre Richtigkeit viel vorgebracht werden kann. Doch es bleibt trotzdem wahr, dass sich auch mit dieser Hypothese die meisten Tatsachen der jetzigen Lage erklären lassen.

Natürlich kann diese Erklärung nicht auf die Zeit angewandt werden, als ein Genie wie Bismarck die deutsche Politik leitete. Doch er litt an dem cauchemar des coalitions und hielt alle englischen Minister für schwach. Er wollte England zeigen, wie sehr er sich unangenehm bemerkbar machen könnte, um es zum Bündnis mit Deutschland, d. h. dem Dreibund zu bewegen. Gegenüber andern deutschen Staaten hat er vor 1866 eingestandenermassen dieselbe Politik betrieben. Aber Bismarck war klug genug, um es nicht zu weit zu treiben — auch nicht gegenüber England. „Während er England zum Nachgeben gegenüber Forderungen brachte, die mehr durch die Art der Aufmachung als an sich anstössig waren, indem er England ungefähr in dem Stil behandelte, wie Richard III. um Lady Anna freite", machen seine Nachfolger die Belästigung um der Belästigung willen zu ihrem Prinzip.

Wenn man — nur als gewisse Analogie und zur Erläuterung — einen Vergleich gestatten will, der weder wörtlich noch unehrerbietig gemeint ist, so ist Deutschlands Handlungsweise gegen unser Land nach 1880 nicht unangebracht der des gewerbsmässigen Erpressers an die Seite zu stellen, der seinen Opfern

ihr Vermögen abringt durch die Drohung mit irgend welchen vagen und fürchterlichen Folgen im Falle einer Weigerung. Gibt man der Einschüchterung nach, so bereichert man den Erpresser; doch es ist durch allgemeine Erfahrung längst erwiesen, dass — obgleich es dem Opfer vielleicht für kurze Zeit etwas Ruhe verschafft — es bestimmt zu neuerlicher Belästigung und grösseren Forderungen nach immer kürzeren Intervallen freundschaftlicher Duldung führt. Das Gewerbe des Erpressers ist für gewöhnlich ruiniert, sobald seine Forderung auf entschlossenen Widerstand stösst und man sich aufrafft, eher alle Unannehmlichkeiten einer möglicherweise peinlichen Situation auf sich zu nehmen als auf dem Wege endloser Zugeständnisse weiter zu gehen. Doch ohne diesen Entschluss ist es mehr als wahrscheinlich, dass die Beziehungen zwischen den beiden Parteien sich ständig verschlechtern werden.

Falls es — in dieser wenig schmeichelhaften Weise — möglich wäre, für die dauernd agressive Haltung der deutschen Regierung gegenüber England eine Erklärung zu geben und für den sich daraus ergebenden Zustand fast ständiger Reibung trotz der angeblichen Freundschaft, so würde das fahrige, expansive und beunruhigende Verhalten Deutschlands gegen alle andern Staaten sich teils durch diese Einstellung, zum andern durch den angeführten Mangel bestimmter politischer Absichten und Ziele erklären. Ein verständiger deutscher Staatsmann würde die Grenzen erkennen, innerhalb welcher sich jede Weltpolitik, die keine feindliche Kombination aller Völker in Waffen gegen sich heraufbeschwören will, beschränken muss. Er würde erkennen, dass das Gebäude des Pangermanismus, mit den vorgeschobenen Bastionen in den Niederlanden, den skandinavischen Staaten, in der Schweiz, den deutschen Provinzen Oesterreichs und an der Adria, nie errichtet werden kann, ohne die Freiheit Europas zu zerstören. Eine deutsche Vorherrschaft zur See muss als unvereinbar mit der Existenz des britischen Weltreichs unterstellt werden; und selbst wenn das Empire verschwunden wäre, würde die Vereinigung der grössten militärischen mit der grössten Flottenmacht in einem Staate die Welt zwingen, sich zur Beseitigung eines derartigen Incubus zu verbünden. Die Erwerbung von für deutsche Siedlung geeigneten Kolonien in Südamerika kann nicht mit der Monroe-Doktrin vereint werden,

dem obersten Glaubensgrundsatz in der Politik der Vereinigten Staaten. Die Schaffung eines deutschen Indien in Kleinasien ist letzten Endes unweigerlich gebunden entweder an die deutsche Seeherrschaft oder an eine deutsche Eroberung Konstantinopels und der Länder zwischen Deutschlands jetzigen Südostgrenzen und dem Bosporus. Während alle diese grandiosen Projekte unter irgendwie den jetzigen gleichenden Weltbedingungen völlig undurchführbar scheinen, sieht es so aus, als ob man in Deutschland mit ihnen allen gleichzeitig spiele und sich dadurch mutwillig eine Unzahl Hindernisse und die Opposition einer zum Trotz gereizten Welt auf den eigenen Weg wälze. Diese Erklärung hilft zu beweisen, wie wenig logische und folgerichtige Planung und zähes Zielstreben hinter der ungestümen Beweglichkeit, den verblüffenden Ueberraschungen und dem gedankenlosen Leichtsinn gegenüber den Empfindlichkeiten anderer sich verbergen, gerade das was für die letzten Aeusserungen der deutschen Politik so charakterisitsch war.

Soll eine Theorie formuliert und akzeptiert werden, die alle bekannten Tatsachen die deutsche Politik betreffend erklärt, so muss die Wahl zwischen den beiden folgenden Hypothesen liegen:

Entweder strebt Deutschland definitiv nach allgemeiner politischer Hegemonie und Vorherrschaft zur See unter Bedrohung der Unabhängigkeit seiner Nachbarn und letztlich der Existenz Englands;

oder Deutschland versucht, frei von derartig klarem Ehrgeiz und zur Zeit nur darauf bedacht, seine rechtmässige Stellung und Bedeutung als eine der führenden Mächte im Rat der Nationen dazu zu benutzen, um seinen Aussenhandel zu heben, die Segnungen der deutschen Kultur zu verbreiten, das Feld seiner Volkskraft zu erweitern und neue deutsche Interessenzonen in der ganzen Welt zu schaffen, wo und sobald sich eine friedliche Möglichkeit bietet, — indem es einer ungewissen Zukunft die Entscheidung überlässt, ob das Zusammentreffen gewaltiger Veränderungen in der Welt nicht eines Tages Deutschland einen grösseren Anteil direkten politischen Einflusses auf Gebiete zuweist, die heute nicht zu seinem Besitz gehören, doch ohne Verletzung der hergebrachten Rechte anderer Länder, die von

jeder derartigen Aktion unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen betroffen würden.

In beiden Fällen wäre es für Deutschland offenbar geboten, eine möglichst mächtige Flotte zu bauen.

Diese beiden Alternativen scheinen die Erklärungsmöglichkeiten der vorliegenden Tatsachen zu erschöpfen. Sie unterscheiden sich nur wenig, und es lässt sich schwer bestimmen, welche die richtige ist. Man wird jedoch bei näherer Ueberlegung erkennen, dass für die englische Regierung tatsächlich keine Notwendigkeit besteht, endgültig zu entscheiden, welche der beiden Theorien über die deutsche Politik sie sich zu eigen machen will. Denn es ist klar, dass das zweite Projekt (halbunabhängige Entwicklung nicht gänzlich ohne Nachhilfe durch die Staatsleitung) auf jeder beliebigen Stufe in das erste münden kann, das Projekt der bewussten Planung. Ausserdem würde, wenn das Evolutionsprojekt sich je verwirklichen liesse, die daraus für Deutschland erwachsende Lage eine ebenso ernste Bedrohung für die übrige Welt bedeuten wie eine ähnliche durch wohlbedachte Eroberung, auf Grund böswilligen Vorsatzes geschaffen, darstellen würde.

Man erkennt also, dass das Gefahrenmoment, welches als sichtbarer Faktor in dem einen Falle gegenwärtig ist, auch für den andern gilt, wenn auch getarnt. Und gegen diese Gefahr — ob nun tatsächlich oder möglich — scheint dasselbe Allgemeinverhalten angebracht. Es sollte nicht schwer fallen, dies Verhalten in Kürze so zu beschreiben, dass alle in dieser Angelegenheit Urteilsfähigen zustimmen müssen.

So lange England seinem Grundprinzip, der Erhaltung des Kräftegleichgewichts treu bleibt, wäre den englischen Interessen nicht gedient, wenn Deutschland zum Rang einer schwachen Macht herabgedrückt würde, da dies leicht zu einer französisch-russischen Ueberlegenheit führen könnte, die ebenso (wenn nicht noch mehr) für das Empire bedrohlich wäre. Es existieren keine deutschen Rechte, in Gebiets- und andern Fragen, die unser Land wünschen könnte gemindert zu sehen. Darum kann Deutschland, so lange es mit seiner Handlungsweise nicht die Linie des berechtigten Schutzes seiner bestehenden Rechte übertritt,

immer auf Englands Sympathie und guten Willen, ja sogar moralische Unterstützung rechnen.

Ferner wäre es weder gerecht noch politisch weise, die Ansprüche auf eine gesunde Expansion zu übersehen, die ein kraftvolles und wachsendes Volk wie das deutsche ein natürliches Recht hat, im Rahmen legaler Bemühungen geltend zu machen. Die offene Anerkennung dieses Rechts hat England nie einem fremden Staat vorenthalten oder bestritten. Man darf daran erinnern, dass Deutschland die Expansion, die bereits stattgehabt hat, nicht zuletzt Englands Beistand oder Zustimmung verdankt, sowie dem britischen Prinzip: gleiche Chancen, keine Begünstigung. Es kann für England keine gute Politik sein, einen solchen Entwicklungsprozess einzudämmen, wo er nicht direkt entweder mit britischen Interessen in Konflikt tritt oder mit denen anderer Nationen, mit welchen England durch feierliche Vertragsbestimmungen verbündet ist. Wenn Deutschland innerhalb der durch diese beiden Bedingungen gesteckten Grenzen die Mittel findet, friedlich und in Ehren Handel und Schiffahrt zu mehren, Bunkerplätze oder sonstige Häfen zu gewinnen, Landerechte für Kabel zu erwerben oder sich Konzessionen zur Beschäftigung deutschen Kapitals und deutscher Industrien zu beschaffen, sollte es England nie im Wege finden.

Ebenso wenig steht es britischen Kabinetten an, Widerspruch zu erheben, wenn man in Deutschland eine Flotte bauen will — so gross wie man es zur Verteidigung der nationalen Interessen für notwendig oder wünschenswert erachtet. Es ist das Kennzeichen des unabhängigen Staates, dass er solche Fragen allein entscheidet, frei von irgend welcher äusseren Beeinflussung; und es stände England mit seinen grossen Flotten übel an, einem andern Staat vorzuschreiben, was er in diesen wichtigsten nationalen Angelegenheiten zu tun habe. Abgesehen von Recht und Unrecht, darf darauf hingewiesen werden, dass nichts eher dazu beitragen würde, Deutschland beim Bestehen auf seinen Flottenplänen verharren zu lassen als Versuche ihm in dieser Hinsicht Vorschriften zu machen. Und nichts kann anderseits bei den Deutschen eher den Eindruck erwecken (dies sei nebenbei erwähnt), dass die unendliche Folge kostspieliger Flottenbauprogramme praktisch hoffnungslos ist, als die auf Anschauungsunterricht gegründete Ueberzeugung, dass für jedes

deutsche Schiff von England zwei in Bau gegeben werden und so das gegenwärtige Verhältnis britischer Ueberlegenheit beibehalten bleibt.

Es wäre von wirklichem Nutzen, die Absicht, dass man Deutschlands berechtigter und friedlicher Expansion nichts in den Weg legen will, so klar und unmissverständlich wie möglich von Amts wegen zu verkünden, vorausgesetzt dass man gleichzeitig dafür sorgt, es ganz deutlich zu machen, dass diese wohlwollende Haltung entschlossenem Widerstand Platz machen wird beim ersten Anzeichen, dass britische oder alliierte Interessen geschädigt werden sollen. Dies allein würde wahrscheinlich mehr dazu beitragen, für die Dauer zufriedenstellende Beziehungen mit Deutschland zu schaffen als jedes andere Verfahren.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Deutschland binnen kurzem — wie es so oft geschehen ist — um ein enges Einverständnis mit England bitten wird. Um dieser Möglichkeit zu begegnen, muss zuerst festgestellt werden, was eigentlich mit dieser Bitte gemeint ist. Die französisch-englische Entente hatte eine durchaus reale Grundlage und einen greifbaren Gegenstand — nämlich die Bereinigung einer Reihe von tatsächlich bestehenden ernsten Differenzen. Die Anstrengungen, die jetzt von England gemacht werden, um mit Russland zu einer Verständigung zu gelangen, finden ihre Berechtigung in einer sehr ähnlichen Situation. Aber für eine deutsch-englische Verständigung dieser Art ist kein Raum, da sie nicht auf derselben Grundlage errichtet werden könnte. Es ist dargelegt worden, dass es gegenwärtig keine irgendwie wichtigen Fragen zwischen den beiden Ländern in der Schwebe gibt. Irgend eine Verständigung mit Deutschland muss daher gänzlich verschieden in Absicht und Ausmass sein. Der deutsche Verständigungswunsch kann möglicherweise auf die Zusammenarbeit zu bestimmten Zwecken abzielen — offensiver oder defensiver oder allgemein politischer oder wirtschaftlicher Art — bestimmt durch gewisse geographische Grenzen; oder auf ein Abkommen der aufopfernden Gattung, das die Parteien verpflichtet, gewisse Dinge oder Handlungen zu unterlassen, oder nicht einzugreifen. Oder das erstrebte Arrangement kann eine Mischung von manchen oder aller dieser Bestandteile enthalten. In Offensiv- oder Defensiv-

bündnisse mit Deutschland unter den obwaltenden politischen Verhältnissen einzutreten, besteht für England keine Gelegenheit, und es hiesse im Augenblick kaum ehrlich sein, wollte man diese Möglichkeit als eine offene Frage behandeln. Die britische Zustimmung zu irgendwie gearteter Zusammenarbeit oder Nichteinmischungs-Projekten muss unbedingt abhängen von den Umständen, besonderen Merkmalen und von dem Wert aller derartigen Vorschläge. Alle diese Vorschläge wird England wie stets bereitwillig erwägen und erörtern unter dem Gesichtspunkt, in wie weit britische Interessen betroffen werden. Deutschland muss in dieser Beziehung damit zufrieden sein, genau dieselbe Behandlung wie jede andere Macht zu erfahren.

Kein Anwurf ist unwahrer oder ungerechter als der, dass England vor kurzem an deutsche Vorschläge voreingenommen herangegangen ist oder dies wahrscheinlich in der Zukunft tun werde; oder dass man unfair verfahren sei, indem man alle Fragen betreffend unsere Beziehungen zu Deutschland strikt auf Grund ihres Wertes behandelt hat. Diese Anklage ist oft erhoben worden. Sie kehrt ständig wieder in den offiziell inspirierten Tiraden gegen England, die direkt oder indirekt aus dem Pressebüro in der Wilhelmstrasse stammen. Aber niemand hat je auch nur den geringsten Anschein eines Beweises erbringen können. Tatsache ist allerdings, dass — wie Mr. Balfour sich einmal veranlasst fühlte zu dem deutschen Botschafter zu bemerken, — die deutschen Vorstellungen bei der britischen Regierung im allgemeinen von wenig erfreulichem Charakter gewesen sind und es mehr als wahrscheinlich sei, falls dieser Charakter sich nicht wesentlich ändere, dass diese Mitteilungen in Zukunft unschmackhafte Antworten finden würden. Denn es gibt einen Weg, welcher — wenn die bisherige Erfahrung irgend welche Lehre für die Zukunft bietet — ganz bestimmt nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen mit irgend einer Macht führen wird, am wenigsten mit Deutschland, und welcher deswegen verlassen werden muss: dies ist der mit britischen Konzessionen und Gefälligkeiten gepflasterte Weg — Konzessionen, die gemacht wurden, ohne dass wir von ihrer Berechtigung überzeugt waren oder dass sie durch entsprechende Gegendienste wettgemacht wurden. Die eitlen Hoffnungen, dass Deutschland auf diese Weise „versöhnt" und freundlicher gestimmt werden

könne, müssen endgültig aufgegeben werden. Es mag sein, dass solche Hoffnungen noch immer unter unverantwortlichen Leuten gehegt werden, die in Unkenntnis sind (in vielleicht notwendiger Unkenntnis) über die Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen der letzten zwanzig Jahre, die nicht besser beschrieben werden kann als die Geschichte der systematischen Politik einseitiger und nutzloser Konzessionen, eine Politik, die zu dem höchst enttäuschenden Ergebnis geführt hat, das sich in dem Zustand fast dauernder Spannung zwischen beiden Ländern offenbart. Männer in verantwortlichen Stellungen, deren Aufgabe es ist, sich zu unterrichten und die Dinge so zu sehen wie sie sind, können sich bewusst nicht länger irgendwelchen Illusionen über dieses Thema hingeben.

Feste Haltung hat auch gegenüber Frankreich sich gut bewährt, das bis zur Faschodakrise ebenfalls auf Englands Konzessionswillen rechnete. Vielleicht ist durch die Algeciraskonferenz die deutsche Regierung belehrt worden, obwohl seitdem erst kurze Zeit verflossen ist.

Aber in der Zwischenzeit hat man bemerken können, dass unsere Beziehungen zu Deutschland, wenn auch nicht gerade herzlich, so doch frei von Symptomen direkter Reibung geblieben sind, und man hat den Eindruck, dass Deutschland es sich überlegen wird, bevor es nunmehr Anlass zu neuen Zwistigkeiten gibt. In dieser Haltung wird es bestärkt werden, wenn es von England stets Höflichkeit und Rücksicht erfährt in allen die beiden Länder gemeinsam betreffenden Fragen und die unerschütterlichste Entschlossenheit, britische Rechte und Interessen überall auf der Erde zu behaupten. Es gibt keinen zuverlässigeren und schnelleren Weg, um die Achtung der deutschen Regierung und der deutschen Nation zu gewinnen.